

**Eva-Maria u.
Hans Dietrich**

E. u. H. Dietrich · Julius-Leber-Straße 2 · 33332 Gütersloh

Einschreiben/Rückschein

SPD-Parteivorsitzender
Herrn Franz Müntefering
Wilhelmstraße 141

10963 Berlin

Julius-Leber-Str. 2
33332 Gütersloh
Tel.: 05241/55803
Fax: 05241/9975313
E-Mail:
hd.base@gmx.net
Internet:
www.hansdietrich.de

30.06.2009

Offener Brief !

Sehr geehrter Herr Müntefering,

im April des vergangenen Jahres ging der beigefügte Offene Brief (Anl. 1) u.a. an Ihren Vorgänger im Amt des Parteivorsitzenden, Herrn Beck.

Außer der allerdings sehr süffisanten Eingangsbestätigung (Anl. 2) erhielten wir auf unsere Frage, wie Ihre Partei das immer wieder viel zitierte Motto „Leistung soll sich lohnen“ angesichts der in dem Brief aufgezeigten Vertuschung von Wirtschaftskriminalität glaubwürdig umsetzen will, keine Antwort.

Damit fügt sich das Schreiben nahtlos in die Reihe anderer, gerade von SPD-Mitgliedern zu verantwortender Unterlassungen und Aktivitäten, die bezwecken, die unsererseits erbrachte Leistung zu beschädigen bzw. erst gar nicht anzuerkennen.

So nahm der Betriebsrat der Firma Miele unter dem Vorsitz von Herrn Krüger (SPD- und IG-Metall-Mitglied sowie SPD-Ratsmitglied bis 2004) zu vollkommen haltlosen und ohne Anhörung erfolgten Abmahnungen keine Stellung. Lapidar hieß es nur: „Die Spielwiese bei der Firma Miele ist für jeden groß genug.“ Damit ließ man, wie der Richter am Arbeitsgericht Bielefeld, der Geschäftsleitung die Möglichkeit, arbeitsrechtliche Mittel zur Ausübung psychischen Drucks zu missbrauchen (siehe Protokoll der Gerichtsverhandlung vom 06.07.1993 und Brief der Geschäftsleitung vom 01.09.1993 Anl. 3 und 4).

In dem anschließend im Zusammenhang mit der Aufhebung des Arbeitsvertrages ausgestellten Zeugnis wurden wesentliche Leistungen nicht aufgeführt und erst nach einem Arbeitsgerichtsprozess im Jahr 1995 in einem weiteren Zeugnis dokumentiert. Dazu gehörte auch die Freigabe und Übertragung von Arbeitnehmererfindungen (siehe die beigefügten Unterlagen/Zeugnisse in dem eingangs erwähnten Offenen Brief vom 07.04.08).

Eine wirtschaftliche Verwertung der Patentanmeldungen, sie sollten die Grundlage für unsere Selbstständigkeit bilden, wurde jedoch durch Parteiverrat und andere Manipulationen der von uns beauftragten Patentanwälte aus Bielefeld, Ter Meer – Müller – Steinmeister und Partner, unmöglich gemacht. Die Manipulationen fanden, wie die Unterlagen beweisen, im Zusammenspiel mit der Firma Miele und des Patentamtes in München statt. Aus diesem Grund erfolgten Anzeigen wegen Parteiverrat gegen die o.g. Patentanwälte und gegen 'Unbekannt'.

Vor allem die Anzeige gegen die Anwälte wurde mit einer sachverhaltsverfälschenden Darstellung (Rechtsbeugung) des Oberstaatsanwalts Rösman bei der Generalstaatsanwaltschaft in Hamm abschlägig beschieden (Anl. 5). Beschwerden u.a. auch schließlich bei den damaligen Justizministern, Herrn Dr. Behrens und Herrn Dr. Rauball, NRW-Ministerpräsident, Herrn Clement – er war 1999 kurzfristig kommissarischer Justizminister, und letztlich Justizminister, Herrn Dieckmann (alle SPD) führten zu keiner Klärung.

Deshalb erfolgte im Jahr 1998 eine Petition an den NRW-Petitionsausschuss. Der beiliegende Petitionsvorgang (Anl. 6) zeigt mit welcher Dreistigkeit auch hier Recht gebeugt wurde. Wir wissen nicht, woran es lag, dass der damals Leitende Oberstaatsanwalt in Bielefeld, Herr Potthoff, aus dem Namen „Rösman“ den Namen „Dieckmann“ las und die Generalstaatsanwaltschaft in Hamm als seine Behörde bezeichnete, während er die Staatsanwaltschaft in Bielefeld leitete, (Schreiben Nr. 2 vom 12.01.1999 im Petitionsvorgang Anl. 6) .

Sowohl hierauf als auch auf die Rechtsbeugung des Oberstaatsanwalts Rösman wurde der Petitionsabgeordnete, Herr Steinkühler (SPD- und Gewerkschaftsmitglied) am 30.09.1999 in der Zeit von 11.00 bis 11.30 Uhr aufmerksam gemacht. Der Termin kam durch Herrn Jentsch (SPD- und IG-Metall-Mitglied, MdL bis 2005 sowie SPD-Ratsmitglied in Gütersloh bis 2004) zustande. Wie ernsthaft dieser Vorschlag war, kann jeder ermesen, der weiß, dass es sich bei dem genannten Zeitraum um eine Sitzungspause des Landtages in Düsseldorf handelte. Herr Steinkühler sagte, nachdem er den knappen Zeitrahmen angesprochen hatte, zu, das Thema noch einmal im Petitionsausschuss anzusprechen. Er schien in diesem Fall der Berichterstatter zu sein, denn sowohl die CDU als auch das Bündnis 90/Die Grünen bekundeten, keine Einschreitmöglichkeit zu haben. Es wurde darauf hingewiesen, dass sich ein Berichterstatter einer anderen Partei, dessen Name nicht genannt werden dürfe, für die Petition hatte „fest eintragen“ lassen und damit „an eine Abgabe der Berichterstattung nicht gedacht war“. Im Landtag waren zu dieser Zeit nur SPD, CDU und B90/Die Grünen vertreten.

Das Ergebnis lautete: „Der Petitionsausschuß sieht daher keinen Anlaß, der Landesregierung (Justizministerium) Maßnahmen zu empfehlen. Der Petitionsausschuß weist den Petenten darauf hin, daß weitere Schreiben gleichen oder ähnlichen Inhalts zwecklos sind und nicht mehr beantwortet werden.“ (siehe Schreiben Nr. 6 vom 12.11.1999 im Petitionsvorgang, Anl. 6)

Diese Rechtsverletzungen haben wir mehr als einmal publik gemacht – zum Beispiel bei einer Podiumsdiskussion des SoVD mit dem Thema „Soziale Gerechtigkeit“. Die Veranstaltung fand am 05.12.2001 im Gütersloher Kreishaus statt. Podiumsteilnehmer

war u.a. Herr Brandner (SPD-Mitglied, bis 2008 1. Bevollmächtigter der IG-Metall in Gütersloh, ab 2008 Staatssekretär im Arbeitsministerium). Vor dem Publikum haben wir in groben Zügen von unserer Situation berichtet, ohne Namen zu nennen. Nachfragen gab es uns gegenüber keine. Ob die seitens des Herrn Brandner notwendig gewesen wären, wissen wir nicht. Denn immerhin ist sein „Wegbegleiter“ der ehemalige Gesamtbetriebsratsvorsitzende der Firma Miele, Herr Krüger (Anl. 7 – Bericht in der Metallzeitung 6/2008, Gütersloh). Die Wegbegleitung besteht laut Herrn Krüger schon seit 4 Jahrzehnten. So etwas schweißt zusammen, wie das selbst geschweißte Abschiedsgeschenk von Herrn Krüger zeigt.

Wir haben jedoch nicht nur bei der Podiumsdiskussion auf diese wirtschaftskriminellen Machenschaften hingewiesen, sondern ebenso die heimische Presse informiert. Deshalb meldete sich am 23.09.1999 eine Redakteurin von der Zeitung „Neue Westfälische“ (SPD-Anteil 57,5%). Nach einem 2^{1/2}- stündigen Gespräch übergaben wir für eine Berichterstattung – sie wurde uns zugesagt – die wesentlichsten Unterlagen. Berichtet wurde allerdings nicht. Am 18.02.2000 schrieb uns der damalige Chefredakteur, Herr Timpe: „Zu meinem großen Bedauern muss ich Ihnen mitteilen, dass es derzeit keine Möglichkeit gibt, auf Grund einer nachrichtlichen Sachlage über Ihre Anlagen in der Zeitung zu berichten. ... Allerdings möchte ich Ihnen deutlich machen, dass wir über die Gerichte und Staatsanwaltschaften – auch in Ihrem Fall – jederzeit auf dem Laufenden sind.“ Wollte, konnte oder durfte man nicht auf Grund der „nachrichtlichen Sachlage“ über das Thema schreiben?

Wir kommen allmählich zu der Auffassung, dass Letzteres zutrifft. Denn nach unserem Offenen Brief an die Bürgermeisterin der Stadt Gütersloh, Frau Unger (SPD), und den Rat der Stadt vom 30.06.2008, erkundigte sich die „Neue Westfälische“ bei uns, ob die anderen lokalen Zeitungen darüber berichten wollten. Für diesen Fall baten sie um Information, um das Thema ebenfalls aufzugreifen. Aus dieser Äußerung spricht Angst. Die Antwort der Bürgermeisterin war übrigens eine 3-zeilige E-Mail (Anl. 8). Eine Unterrichtung des Rates – obwohl in der Anschrift angegeben – war nicht erfolgt.

Dagegen hatte sich bereits im Jahr 2000 ein Ratsmitglied vom Bündnis 90/Die Grünen intensiv mit den Rechtsverletzungen beschäftigt und den damaligen Justizminister, Herrn Dieckmann (SPD), gebeten, den Sachverhalt zu überprüfen, da auch nach seiner Ansicht die „angestregten Anzeigen, Dienstaufsichtsbeschwerden u.a. nicht nach Recht und Gesetz behandelt und beschieden wurden.“ Ähnlich hatte sich, ohne Rechtsberatung zu geben, die Redaktion der ARD-Sendung „Ratgeber Recht“ geäußert. Wir sind jedenfalls der Auffassung, dass das zuvor genannte Ratsmitglied Zivilcourage bewiesen hat, die es herauszustellen gilt.

Warum allerdings die Bürgermeisterin, Frau Unger, glaubt, „keinen Bezug zu den Aufgaben der Stadt erkennen“ zu „können“, wenn die Lokalpresse es nicht wagt, über wirtschaftskriminelle Machenschaften, in die im Verbund mit dem Deutschen Patent- und Markenamt der zweitgrößte Arbeitgeber dieser Stadt, die Firma Miele, verwickelt ist, das können wir unter demokratischen Gesichtspunkten nicht nachvollziehen.

Die zuletzt genannte Verwicklung haben wir der Bundesjustizministerin, Frau Zypries (SPD), auch in unserem Offenen Brief vom 10.03.2009 (Anl. 9 – ohne Anl.) mitgeteilt.

Eine Stellungnahme blieb lange Zeit aus. Deshalb erfolgte die Petition an den Petitionsausschuss des Bundestages (Anl. 10 – ohne Anl.). Die Antwort, die wir dann einige Tage später aus dem Ministerium erhielten, zeigt, dass man dort bisher ebenfalls nicht willens ist, der Korruption, für deren Bekämpfung sich die Ministerin noch vor kurzem ausgesprochen hat, wirklich nachzugehen (Anl. 11).

Wir sind allerdings weiterhin wie der BDI der Auffassung, dass derartige „gesetzeswidrige Handlungen abgestellt werden“ müssen, „damit ... der Standort Deutschland langfristig keinen Schaden“ nimmt (Anl. 12).

Sehr geehrter Herr Müntefering, wir möchten nun von **ihnen**, dem Vorsitzenden der SPD, wissen, warum ausgerechnet Ihre Partei, wie die vorstehenden Ausführungen zeigen, so vehement versucht, unsere Leistung zu beschädigen bzw. nicht anzuerkennen. Das Motto des letzten SPD-Parteitages vom 14.06.2009 hieß: „sozial und demokratisch“. Eine Umsetzung finden wir jedenfalls in der gesamten Handlungsweise nicht. Und von Rechtsstaatlichkeit kann nun wirklich keine Rede sein, obwohl man 60 Jahre Grundgesetz feiert. Wo bleibt die Glaubwürdigkeit?

Für **Ihre** Antwort vielen Dank!

Mit freundlichen Grüßen

gez. Eva – Maria Dietrich

Hans Dietrich

12 Anlagen, wie im Text aufgeführt

P.S.: Da in die gesamten Machenschaften etliche Gewerkschaftsmitglieder verwickelt sind, erhält der DGB-Vorsitzende, Herr Sommer, eine Kopie dieses Schreibens.

Außerdem informieren wir die Presse, und es erfolgt eine Veröffentlichung auf unserer Homepage www.hansdietrich.de unter „aktuelles“.